

sten Bestandteile der humanitären Reaktion auf große Naturkatastrophen.

164. Die Fähigkeit des Systems, wirksame und rechtzeitige Hilfe zu leisten, ist weitgehend abhängig von den Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen. Ich habe mit Genugtuung festgestellt, daß die internationale Gemeinschaft auf den Appell zur Bereitstellung einer Hilfe in Höhe von 854 Millionen Dollar zugunsten der von Dürre heimgesuchten Länder des Südlichen Afrika positiv reagiert hat, indem sie auf der Beitragskündigungskonferenz im Juni fast 600 Millionen Dollar zusagte. Die meisten operativen Organisationen sehen sich hingegen auf Grund nicht so großzügiger Reaktionen auf Hilfsappelle nach wie vor mit großen finanziellen Schwierigkeiten konfrontiert. Ein Beispiel dafür ist mein Appell um humanitäre Hilfe für Afghanistan, auf den hin bislang weniger als ein Drittel der angestrebten 180 Millionen Dollar zugesagt wurde. Ich rufe die internationale Gemeinschaft auf, sich noch einmal solidarisch denjenigen zuzuwenden, die in nachteiligen Verhältnissen leben, und ihr finanzielles Engagement zugunsten humanitärer Programme in allen Teilen der Welt zu verdoppeln.

V. ZUM ABSCHLUSS: DEMOKRATISIERUNG UND ENTWICKLUNG

165. Die Vereinten Nationen stehen vor einer umfangreichen Herausforderung: endlich ein wirksames kollektives Instrument des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu werden, verantwortungsbewußte Beziehungen innerhalb der Staatengemeinschaft zu fördern, die Achtung des Rechtes aller Völker auf Selbstbestimmung zu gewährleisten und eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um wirtschaftliche, soziale, intellektuelle, ökologische und humanitäre Probleme zu lösen.

166. Die alte internationale Ordnung ist von einer Flutwelle der Demokratisierung hinweggeschwemmt worden. Das ungestillte Verlangen nach Demokratie war ein Hauptgrund für die Veränderungen und wird auch in Zukunft eine Kraft sein, die für den Aufbau einer besseren Welt wirkt. Die Vereinten Nationen müssen den Demokratisierungsprozeß in allen Situationen, die durch langjährige Konflikte gekennzeichnet sind, durch ihre friedenskonsolidierenden Maßnahmen fördern, und zwar unabhängig davon, ob es sich dabei um Konflikte innerhalb einer Nation oder zwischen einzelnen Nationen handelt.

167. Als Generalsekretär habe ich mich darauf verpflichtet, die Organisation zu reformieren, um sicherzustellen, daß jedes ihrer Organe seine Fähigkeiten in der ausgewogenen und harmonischen Art, die in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehen ist, voll zur Geltung bringt. Das Tempo der Reformen muß erhöht werden, wenn die Vereinten Nationen nicht von dem immer schnelleren Ablauf der Geschichte überholt werden wollen, der unsere Zeit kennzeichnet. Allen Organen der Vereinten Nationen muß ihre volle und ordnungsgemäße Rolle eingeräumt werden, und sie müssen diese auch wahrnehmen, um sich das Vertrauen aller Nationen und Völker verdientermaßen zu erhalten.

168. In dieser Hinsicht sind die Vereinten Nationen von besonderer Bedeutung für die Entwicklungsländer. Sie sind nicht nur ein Forum, in dem ihre Stimme gehört werden kann, sie bieten auch eine Möglichkeit, einen Konsens aufzubauen, der die sozioökonomischen Voraussetzungen der politischen Freiheit sicherstellen soll. Den Vereinten Nationen kommt die wichtige Aufgabe zu, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen zu beobachten, die zu Quellen politischer Spannungen, Gewalttätigkeit und Repression werden können. Krasse Armut, wirtschaftliche Entbehrungen, politische Verweigerung und soziale Entfremdung sind kaum ein geeigneter Nährboden für das Wachstum der Demokratie. Die Vereinten Nationen müssen mit Nachdruck auf eine globale Partnerschaft hinwirken, um die Integration der Entwicklungsländer und der im Übergang befindlichen Länder in die Weltwirtschaft zu fördern. Die internationalen Finanz- und Entwicklungsorganisationen sind ein wesentliches Instrument zur Verwirklichung einer Entwicklungsvision, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht und die über die Statistiken der wirtschaftlichen Leistungskraft der Industrieländer und der Entwicklungsländer hinausgeht. Die Förderung der allgemeinen politischen Partizipation und des weltweiten wirtschaftlichen Aufschwungs sind keine in der Ferne liegenden Ziele; sie sind die Grundlage einer gesunden und wirkungsvollen Bewegung für die Demokratie.

169. Demokratie innerhalb der Familie der Nationen bedeutet die Anwendung ihrer Grundsätze auch im Inneren der Weltorganisation. Ich trete entschlossen für einen breiten Dialog zwischen den Mitgliedstaaten und dem Generalsekretär ein. Die Erhaltung der moralischen Autorität der Vereinten Nationen erfordert die vollste Konsultation, Mitsprache und Einbeziehung aller Staaten, ob groß oder klein, bei der Arbeit der Vereinten Nationen. Diese wiederum erfordert die Emanzipation der Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft, indem dort, wo dies erforderlich ist, Hilfe gewährt wird und autochthone Bevölkerungen, nichtstaatliche Organisationen, Bürgergruppen und der Privatsektor unterstützt werden.

170. Nunmehr, im Jahre 1992, ist eine bessere Welt in unsere Reichweite gerückt. Es ist an der Zeit, zielstrebig und pflichtbewußt die Verwirklichung des ungeheuren Potentials dieser einzigartigen Organisation anzugehen und die Welt der Charta mit neuem Leben zu erfüllen.

Die persönliche Meinung

Ja zur Uno, Ja zum Blauhelm

Jens Naumann hat in dieser Rubrik in VN 5/1992 sein »Nein zum Blauhelm« zum Ausdruck gebracht. Leider hat er damit, wie ich meine, die ohnehin schwierige Diskussion über eine deutsche Teilnahme an militärischen Aktionen der UN mehr verwirrt als geklärt. Es ist z.B. auch meine Auffassung, daß Deutschland allen Verpflichtungen nachkommen muß, die die Mitgliedschaft in den UN erfordert. Was das mit einer »Mogelpackung der Rechten« zu tun haben soll, ist mir unverständlich. Zumal Deutschland nach Vereinigung der ehemaligen Bundesrepublik und DDR und dem Erlangen der vollen Souveränität als nunmehr *ein* Mitgliedstaat der UN wohl kaum noch Sonderrechte beanspruchen kann. Insoweit Zweifel bestehen, ob das mit dem Grundgesetz vereinbar sei, sollte ganz rasch verfassungsrechtliche Klarheit geschaffen werden.

Jens Naumann spricht von »Blauhelmen« schlechthin, meint aber offenbar nur militärische Aktionen nach Kapitel VII der Charta, an denen sich die Bundeswehr nicht beteiligen sollte. Natürlich weiß er, daß die Charta solche Aktionen nur als *Ultima ratio* versteht, die nur dann in Gang gesetzt werden können, wenn alle anderen Mittel zur friedlichen Beilegung eines friedensbedrohenden Konfliktes ausgeschöpft worden sind. Er weiß auch, daß seit Bestehen der UN mit dem Einsatz gegen Saddam Hussein im Golfkrieg der Sicherheitsrat zum ersten und einzigen Mal eine solche Resolution gefaßt hat. Auch meiner Meinung nach ist es bedauerlich, daß dabei der für solchen Fall in Kapitel VII der Charta vorgesehene UN-Generalstabssausschuß nicht wirksam geworden ist und die Aktion – zwar noch von der Charta gedeckt – doch unter dem Oberbefehl eines Mitgliedstaates, den USA, durchgeführt worden ist. Ich halte es indessen für politisch unerlässlich, daß in Zukunft in einem sicherlich seltenen Bedarfsfall das volle UN-Oberkommando realisiert wird, um auch auf diesem Wege dem Gewaltmonopol der UN näherzukommen.

Jens Naumann wendet sich gegen solche Einsätze von »blanken Waffen« als ob sie Regel werden sollten, und er meint offenbar mit seinem »Ja zum Kurs von Boutros-Ghali« für seine Polemik Unterstützung zu finden.

Der Generalsekretär hat im Sommer 1992 in seiner »Agenda für den Frieden« eindringlich die Chancen und Notwendigkeiten dargelegt, die den UN infolge der drastisch veränderten Weltsituation zugewachsen sind. Er betont die stabilitätsbedrohenden Gefahren, die Umweltzerstörung, unkontrolliertes Bevölkerungswachstum, Nord-Süd-Konflikt, Hunger, Armut, Not und wachsende Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen verursachen und denen in internationaler Zusammenarbeit begegnet werden muß. Er meint jedoch, auch künftig werden es bewaffnete Konflikte erforderlich machen, daß die Weltgemeinschaft eingreift und versucht, sie zu verhindern, einzudämmen oder ihnen ein Ende zu setzen. Dies alles erfordert viel Geld und noch mehr politischen Willen zur Zusammenarbeit. Doch muß auch Boutros-Ghali, wie schon sein Vorgänger Pérez de Cuéllar, die immer größer werdende Diskrepanz zwischen den Anforderungen an die UN und ihre finanziellen Ausstattung bitter beklagen. In der Tat ist die Finanzmoral vieler Mitgliedstaaten, gerade auch der USA, ein Skandal, der mehr als alles andere unsere Öffentlichkeit alarmieren müßte. Insofern ist es bedauerlich, daß die Diskussion über die gewachsene Rolle der UN mit der »Blauhelm-Debatte« hier bei uns gleichsam beim Schwanz aufgezümt wurde. Die finanziellen Aufwendungen, die für eine effektivere präventive Friedenssicherung erforderlich wären, wären ein Bruchteil dessen, was Kriege an Menschenleben, Leid und Zerstörung kosten. Jens Naumann hat recht, wenn er die im Vergleich mit dem Haushalt einer mittleren Großstadt lächerlich anmutenden Haushaltsmittel der UN zitiert. Boutros-Ghali hat den Mitgliedstaaten vorgeschlagen, ihre Beiträge zur Finanzierung der Friedenssicherung aus dem Verteidigungshaushalt statt aus dem Haushalt für Auswärtige Angelegenheiten zu finanzieren. Eine öffentliche Diskussion über diesen Vorschlag könnte vielleicht helfen, die Aufmerksamkeit auf die wirklichen Schwerpunkte einer erneuerten deutschen UN-Politik zu lenken. Es wäre schon viel gewonnen, wenn mit Übernahme seiner Vorschläge auch die Stellung des Generalsekretärs und damit der Einfluß der UN überhaupt gestärkt werden würden.

Helga Timm □